

Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Email an: marktregeln@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen
LI/DÜ

DW
39

Datum
21.02.2019

Stellungnahme des Fachverbandes Gas Wärme zum Entwurf einer Gaskennzeichnungsverordnung der E-Control

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr E-Mail vom 24.01. 2019 möchten wir uns für die Möglichkeit bedanken, zum vorliegenden Verordnungsentwurf der E-Control (ECA) Stellung nehmen zu können.

1. Allgemeine Anmerkungen:

Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf soll einerseits eine detaillierte Gaskennzeichnung für erneuerbare Gase auf Rechnungen und Werbematerial sowie die Ausgestaltung des Nachweissystems für grünes Gas geregelt werden.

Nun ist es zentrale Zielsetzung der Gaswirtschaft, die Erdgasnachfrage im Raumwärmemarkt bis 2050 vollständig mit Grünem Gas (Biomethan aus Reststoffen und synthetisches Gas durch Power-to-Gas und Wasserstoff) abzudecken. Die Potenziale sind vorhanden, es braucht stabile rechtliche Rahmenbedingungen. Neben der Verankerung eines Marktsystems zur Forcierung der Einspeisung an Grünem Gas, braucht es dazu auch ein Nachweissystem für Grünes Gas.

Mit dem Erneuerbaren Ausbaugesetz, der Wärmestrategie oder der Wasserstoffstrategie werden in den nächsten Monaten allerdings wesentliche Weichen gestellt, auf die bei der konkreten Ausgestaltung eines Nachweissystems bzw. einer Gaskennzeichnung Rücksicht zu nehmen ist. Daher ist aus Sicht der Gaswirtschaft eine Gaskennzeichnungsverordnung zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht abzulehnen. Wesentliche Fragen, wie etwa die Definition erneuerbarer Gase, dürfen nicht durch eine Verordnung präjudiziert werden!

Die angestrebte Erhöhung der Verbrauchsinformation bzw. Verbrauchertransparenz (siehe Vorblatt zum Verordnungsentwurf) greift erst mit einem gewissen Marktanteil an erneuerbaren Gas. Der Ausweis lediglich eines Promilleanteils kann hingegen sogar kontraproduktiv für das Image des Energieträgers Gas und die Akzeptanz von erneuerbarem Gas sein.

Die E-Control stützt sich bei der gegenständlichen Verordnung zwar formal auf die Verordnungsermächtigung in § 130 GWG, inhaltlich ist jedoch die Umsetzung der neugefassten Erneuerbaren-RL 2018/2001 beabsichtigt (siehe etwa Anmerkung im Vorblatt – Verhältnis zu Rechtsvorschriften der EU).

Wie sich aus den Erläuterungen zu § 9 des Verordnungsentwurfes klar ergibt, leitet die ECA aus der Erneuerbaren-RL - mit einer nicht nachvollziehbaren Auslegung des Art 19 Abs 1 - ein „Recht des Endkunden auf Gaskennzeichnung“ ab und damit eine korrespondierende Verpflichtung von Gasversorgern mit Ende der Umsetzungsfrist (30. Juni 2021) und nicht erst mit Erreichung der 30 Mio. m³ Grenze gemäß § 130 Abs 10 GWG.

Für ein derartiges Vorgehen fehlt jedoch die gesetzliche Grundlage. Mit dem „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ soll es zu einer grundlegenden gesetzlichen Neuregelung hinsichtlich erneuerbarer Gase und zu einer „evolutionären Weiterentwicklung“ von Herkunftsnachweissystemen kommen (siehe Ministerrat-Vortrag vom 5.12.2018). Damit bleibt völlig unverständlich, warum zum jetzigen verfrühten Zeitpunkt eine voreilige Festlegung durch die E-Control getroffen wird. Der Beschlussfassung des Gesetzgebers darf nicht „vorgegriffen“ und somit ohne gesetzliche Deckung die Verordnungskompetenz überschritten werden.

Diese unzulässige Ausweitung der Verordnungsermächtigung durch die Behörde ist nicht nur aus rechtlicher Sicht entschieden abzulehnen, sondern führt auch zu erheblichen Rechtsunsicherheiten bei den betroffenen Unternehmen, da der Gesetzgeber letztlich andere Festlegungen treffen könnte als in der Verordnung der ECA vorgesehen. Damit ist auch die in den Erläuterungen zu § 1 als Rechtfertigung für die frühzeitige Erlassung der Verordnung genannte „Orientierungshilfe“ nicht nachvollziehbar.

Auch fehlt mangels Umsetzungsverzug (Richtlinie ist erst bis 30. Juni 2021 umzusetzen) jegliche Rechtfertigung für eine „unmittelbare“ Anwendung der Erneuerbaren-RL. Für die Umsetzung einer EU-Richtlinie bedarf es aber ohnehin in jedem Fall einer gesetzlichen Grundlage, eine Umsetzung durch eine Verordnung ist selbst dann unzulässig, wenn die Richtlinie hinreichend bestimmt wäre (siehe VfSlg 15.189, 19.569; *Mayer/Muzak*, B-VG⁵ [2015] 141 f).

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung einer Verordnung müssen vom Verordnungsgeber die vom Gesetz vorgesehenen Rahmenbedingungen und Grenzen zwingend eingehalten werden.

Im gegenständlichen Fall möchte die E-Control unter Bezug auf Art 19 Abs 1 der Erneuerbaren-RL 2018 bereits jetzt verbindliche Regelungen für die verpflichtende Gaskennzeichnung einführen, obwohl der in § 130 Abs 10 GWG enthaltene Grenzwert von 30 Mio. m³ bei weitem noch nicht

erreicht wird. Ende 2018 hat die eingespeiste Menge erst rd. 15 Mio. m³ betragen (171 GWh laut Biomethan-Register).

Eine verpflichtende Gaskennzeichnung abweichend vom jetzigen § 130 GWG kann aber nur der Gesetzgeber vorsehen, nicht jedoch die Regulierungsbehörde als Verordnungsgeber.

Zudem unterliegt die Behörde auch inhaltlich bei der Auslegung des Art 19 Erneuerbaren-RL einem Irrtum: Wie im nationalen Recht sind auch bei der Auslegung von EU-Recht die klassischen Auslegungsmethoden nach dem Wortlaut, der Systematik und dem Zweck der Norm anzuwenden. Demnach ist klar erkennbar, dass Art 19 RL verpflichtende Vorgaben nur für die Herkunftsnachweise für erneuerbare Energien trifft und für diese Nachweise einen ganz bestimmten Zweck festlegt: nämlich *um gegenüber den Endkunden den Anteil oder die Menge erneuerbarer Energie im Energiemix eines Energieversorgers [...] nachzuweisen* (Art 19 Abs 1 1. Satz). In diesem Sinne legt auch die Definition in Art 2 Z 12 RL fest, dass der Herkunftsnachweis *ausschließlich als Nachweis gegenüber einem Endkunden dafür dient, dass ein bestimmter Anteil an erneuerbarer Energie produziert wurde*.

Aus dieser Verwendungszweckbindung kann jedoch keine selbstständige Verpflichtung zur Gaskennzeichnung von Versorgern (wie der Ausweis des Versorgermixes auf Rechnungen) aus der Erneuerbaren-RL abgeleitet werden.

Andernfalls wäre auch der Art 19 Abs 8 RL („Wird von einem Elektrizitätsversorger verlangt, den Anteil oder die Menge an Energie aus erneuerbaren Quellen in seinem Energiemix für Zwecke des Art 3 Abs 9 lit a RL 2009/72/EG nachzuweisen“) widersinnig. Aus dieser Bestimmung ergibt sich klar, dass nicht die Erneuerbaren-RL selbst eine derartige Verpflichtung festlegt, sondern hier konkret die Strombinnenmarkt-RL, die den Mitgliedstaaten vorschreibt, dass Elektrizitätsversorger auf Rechnungen und in an Endkunden gerichtetem Werbematerial den Anteil der einzelnen Energiequellen am Gesamtenergieträgermix des Lieferanten angeben müssen. Eine entsprechende Regelung für den Gasmarkt fehlt hingegen in der RL 2009/73/EG, sodass keine europarechtliche Vorgabe besteht.

Lediglich für Fernwärme- und -kälteversorger sieht Art 24 Abs 1 vor, dass Endverbraucher Informationen über den Anteil erneuerbarer Energie zur Verfügung gestellt werden müssen, wobei dies nicht nur auf Rechnungen, sondern beispielsweise auch auf der Webseite der Anbieter erfolgen kann. Nur in diesem Bereich – der nicht durch sektorspezifische Rechtsakte geregelt wird – haben die Mitgliedstaaten ein Recht des Kunden sicherzustellen, hinsichtlich Strom und Gas verweist die Erneuerbaren-RL hingegen offensichtlich auf die Binnenmarkt-Richtlinien Strom und Gas.

Unverständlich ist auch, dass nicht nur die verpflichtende, sondern auch die „freiwillige“ Gaskennzeichnung geregelt werden soll. Bei § 130 Abs 9 GWG handelt es sich um eine „Durchführungsverordnung“, welche im Hinblick auf das Legalitätsprinzip des Art 18 B-VG die gesetzlichen Regelungen nur präzisieren (die wesentlichen Konturen müssen nach der

Rechtsprechung des VfGH bereits im Gesetz selbst vorgezeichnet sein), aber nicht ihrem Anwendungsbereich erweitern darf (vgl etwa VfSlg 11.639; *Mayer/Muzak*, B-VG⁵ [2015] 141). Auf eine solche Erweiterung des Anwendungsbereichs würde es aber hinauslaufen, wenn die ECA die in Zusammenhang mit der verpflichtenden Kennzeichnung nach § 130 Abs 1 bis 4 GWG 2011 bestehenden Regelungen (die erst ab Überschreitung des 30 Mio. m³ Schwellenwerts nach Abs 10 1. Satz gelten), auch auf Fälle erstrecken würde, in denen die Kennzeichnung mangels Erreichens dieses Schwellenwertes freiwillig erfolgt.

Ein Grund für die Verordnungserlassung zum jetzigen Zeitpunkt könnte in der rechtzeitigen Vorbereitung der Nachweisdatenbank der ECA für die Herkunftsnachweise auch für erneuerbare Gase liegen. Im Strombereich sind die wesentlichen Details für den Ablauf der Generierung der Herkunftsnachweise im Ökostromgesetz (§ 10) geregelt. Dort wird für die Überwachung der Ausstellung, der Übertragung und der Entwertung der Herkunftsnachweise für Ökostrom mit automationsunterstützter Datenbank die E-Control als zuständige Stelle benannt und Meldepflichten vorgesehen.

Für den Gasbereich fehlt eine derartige gesetzliche Grundlage, sodass auch diese Festlegung vor Erlassung der Gaskennzeichnungsverordnung durch den Gesetzgeber erfolgen muss.

Die Verordnung ist daher dahingehend zu adaptieren, dass die Verordnungsermächtigung nicht überschritten wird bzw. sollte vielmehr die bevorstehende Novellierung des GWG im Rahmen des „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes“ abgewartet werden, da etliche Bestandteile der beabsichtigten Verordnung noch einer gesetzlichen Grundlage bedürfen.

2. Zu den Bestimmungen des Verordnungsentwurfes im Detail:

Unbeschadet der generellen Kritik an der vorzeitigen Einführung einer Gaskennzeichnung ohne entsprechende Gesetzesänderung, nehmen wir - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - zu einigen Bestimmungen des Verordnungsentwurfes wie folgt Stellung.

Zu § 1 – Regelungsgegenstand:

Entsprechend den obigen Anmerkungen sollte die freiwillige Gaskennzeichnung (mangels Verordnungskompetenz) gestrichen werden und ebenso die Wortfolge „sowie der Umweltauswirkungen“, da diese unverändert aus dem Erstentwurf übernommen wurde (der eine verpflichtende Ausweisung der Umweltauswirkungen vorsah), aber nun nicht mehr fixer Bestandteil der Gaskennzeichnung, sondern nur eine freiwillige zusätzliche Angabe sind.

Mit der Durchführungsverordnung gemäß § 130 Abs 9 dürfen nur die Bestimmungen des § 130 Abs 1 bis 8 näher konkretisiert werden, wobei jedenfalls auch die Vorgabe des § 130 Abs 10 einzuhalten ist. Eine generelle Ermächtigung zur Regelung der Gaskennzeichnung oder weiterer Materien (Gültigkeit

von Nachweisen, Meldepflichten von Netzbetreibern, etc.) ist damit jedenfalls nicht verbunden (dies wäre vielmehr eine sog. formalgesetzliche Delegation, die verfassungsrechtlich unzulässig ist, vgl dazu nur *Mayer/Muzak*, B-VG⁵ [2015] 137).

Zu § 2 – Begriffsbestimmungen:

Die im Verordnungsentwurf vorgesehenen neuen Begriffsdefinitionen sind in der logischen Prozessabfolge zuerst im Rahmen des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes zu diskutieren und – auf Gesetzesebene – festzulegen und in einem zweiten Schritt in der Gaskennzeichnungsverordnung nachzuziehen. Die vorrangige Aufnahme der Definitionen im GWG ist besonders im Hinblick auf die einheitliche Verwendung der Terminologie im gesamten Gasbereich geboten.

Inhaltlich gesehen ist die offen gehaltene Definition für erneuerbare Gase im Verordnungsentwurf grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere beim Begriff der Methanisierung sehen wir aber Bedarf zur Konkretisierung der umfassten Prozesse, da wir im aktuellen Entwurf z.B. das Power-to-Gas Projekt „Underground Sun Conversion“ nur bedingt abgebildet sehen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte daher eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass bei der Methanisierung auch biogene Herstellungsverfahren und die dabei stattfindenden mikro-biologischen Prozesse mitumfasst sein sollten, zumal der Begriff „synthetisch“ mitunter ein rein technisch-katalytisches Verfahren unterstellt. Unser nachfolgender Wording-Vorschlag trägt diesem Umstand entsprechend Rechnung:

„Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Gas“ in das Erdgasnetz eingespeistes Erdgas sowie gemäß den Regeln der Technik
 - a) auf Erdgasqualität aufbereitete biogene Gase oder
 - b) durch Anlagen zur Umwandlung von Strom ~~in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas~~ (Power-to-Gas-Anlagen) erzeugter konvertierter Wasserstoff sowie ~~synthetisches Methan, das ein~~ durch Methanisierung (einschließlich der herbeigeführten rezenten Methanisierung in geologischen Strukturen) von Wasserstoff auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch erzeugt worden ist;
2. „erneuerbare Gase“ biogene Gase sowie ~~durch Wasserelektrolyse (Power-to-Gas) mittels der in Z. 1 lit. b) genannten Verfahren erzeugter konvertierter~~ Wasserstoff und ~~synthetisches Methan, das durch wasserelektrolytisch erzeugten Wasserstoff und anschließende Methanisierung ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch, das durch die in Z. 1 lit. b) genannten Verfahren entstanden erzeugt worden~~ ist, sofern für die ~~Wasserelektrolyse ein erneuerbarer Energieträger~~ Wasserstoffkonversion erneuerbare Energie zum Einsatz gekommen ist;
3. „Gas aus sonstigen Energieträgern“ Gas, das weder unter Z. 1 lit. a) und lit. b) noch Z 2 fällt ~~Erdgas noch erneuerbares Gas ist.~~ „

Die von uns vorgeschlagene Änderung von „Methan“ auf „ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch“ hat den Hintergrund, dass das Produkt eines jeden Methanisierungsprozesses immer noch Restkonzentrationen der Ausgangsstoffe (u.a. Wasserstoff) enthält – das Produkt des Prozesses ist daher nicht ausschließlich (reines) Methan, sondern ein Gasgemisch; dieses muss in seiner Qualität natürlich den geltenden Erdgasqualitätsbestimmungen entsprechen, bevor es in das Gasnetz eingespeist werden kann. Punkt B.3 und C.4 in Anhang 1 wären ebenfalls sinngemäß abzuändern.

Generell ist festzuhalten, dass die Kategorisierung von § 2 und jene in Anhang 1 voneinander abweichen: So würde bspw. Wasserstoff auf Basis nuklearer/fossiler Energieträger potentiell in Kategorie Abs 1 Z 1 lit b) fallen; im Anhang wäre er aber als Gas aus sonstigen Energieträgern zu qualifizieren. In diesem Zusammenhang regen wir an, den Anhang in seinem logischen Aufbau der Struktur von § 2 entsprechend anzupassen. Entscheidend ist zudem, dass „erneuerbare Gase“ mittels erneuerbarer Energien (und nicht Energieträgern) gewonnen werden.

Zudem sollte in Zusammenhang mit Wasserstoff nicht von „Erzeugung“ gesprochen werden, da dieser Begriff schon anderwärtig mit einer ganz konkreten Bedeutung belegt ist (z.B. in den Definitionen des EIWOG) und zudem beim chemischen Prozess Wasser nur in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt wird. In diesem Sinne ist auch im Vortrag an den Ministerrat vom 05.12.2018 auf Seite 7 von „Konversionsanlagen“ die Rede.

Für die Begriffsbestimmungen bedarf es unbedingt auch einer Abstimmung mit der Gasbranche (insbesondere Fachverband Gas Wärme und ÖVGW). Im Sinne der Einheit der Rechtsordnung sollten – wie oben erwähnt - die im Rahmen der Gaskennzeichnungs-VO festgelegten Definitionen aber jedenfalls mit dem GWG übereinstimmen und daher zuerst dessen Novellierung abgewartet werden. Der Verordnungsgeber sollte auch in dieser Hinsicht nicht dem Gesetzgeber vorgreifen, zumal noch einige Fragen geklärt werden müssen.

Zu § 4 – Ausweisung des Versorgermixes:

In den Erläuterungen zu § 4 des Verordnungsentwurfs wird bei freiwilligen produktspezifischen Zusatzangaben („Produkte“) auch explizit auf die Geltung des § 130 Abs 4 GWG verwiesen. Gemäß § 130 GWG Abs 10 sind dessen Abs 1 bis 4 aber erst nach Erreichung der 30 Mio. m³-Grenze verpflichtend, sodass sich der § 4 Abs 3 nur auf die verpflichtende Gaskennzeichnung (Versorgermix) beziehen kann. Zur Vermeidung von Unklarheiten müssen die Erläuterungen entsprechend adaptiert werden:

„[...] Sofern ein Versorger im Rahmen des Verkaufs an Endverbraucher eine Produktdifferenzierung mit unterschiedlichem Energiemix vornimmt, gilt insbesondere auch die Bestimmung des § 130 Abs. 4 GWG 2011, sofern gemäß § 130 Abs 10 die Verpflichtung zur Kennzeichnung nach Abs. 1 bis 4. besteht; vor Erreichen dieses Schwellenwertes gelten für Produktdifferenzierungen mit unterschiedlichem Energiemix die Verpflichtung nach § 130 Abs. 5 bis 8.“

Entscheidend ist jedenfalls auch, dass bei einer (freiwilligen) Ausweisung eines Produktmixes keine Verpflichtung zum gleichzeitigen Ausweis des Versorgermixes besteht, da es sich bei § 130 Abs 9 GWG um eine sog "Durchführungsverordnung" handelt, welche im Hinblick auf das Legalitätsprinzip des Art 18 B-VG die gesetzlichen Regelungen nur konkretisieren, aber nicht ihren Anwendungsbereich erweitern darf. Auf eine solche Erweiterung des Anwendungsbereichs würde es aber hinauslaufen, wenn die ECA die in Zusammenhang mit der verpflichtenden Kennzeichnung nach § 130 Abs 1 bis 4 GWG 2011 bestehenden Regelungen (die erst ab Überschreitung des 30 Mio. m³ Schwellenwerts nach Abs 10 1. Satz gelten), auch auf Fälle erstrecken würde, in denen die Kennzeichnung mangels Erreichens dieses Schwellenwertes freiwillig erfolgt.

Zu § 6 – Anerkennung für Gas aus nicht-österreichischer Erzeugung:

Selbstverständlich sprechen wir uns für Betrugssicherheit aus, jedoch muss der Marktteilnehmer in der Lage sein, Zertifikate aus Ländern zu verwenden, in denen es kein Kennzeichnungssystem gibt. Auch diese Zertifikate sollten gegebenenfalls anerkannt werden. Ein zu implementierendes Gaskennzeichnungssystem im jeweiligen Land scheint überschießend zu sein.

Zu § 7 - Gültigkeit von Nachweisen:

Die vorgesehene Bestimmung wurde wortgleich aus der Stromkennzeichnungsverordnung übernommen. Für den Strombereich findet sich jedoch eine rechtliche Vorgabe für die Gültigkeit von Herkunftsnachweisen in § 10 Abs 5 Ökostromgesetz. Eine entsprechende Rechtsgrundlage für den Gasbereich fehlt hingegen; § 130 Abs 5 bis 8 GWG regelt nur die Überprüfungsmöglichkeiten der Regulierungsbehörde, enthält jedoch keine Kompetenz zur Regelung der Geltungsdauer, sodass auch in dieser Hinsicht die E-Control ihre Verordnungskompetenz überschreitet (keine gesetzliche Deckung).

Die E-Control beruft sich in den Erläuterungen zu § 7 direkt auf die Erneuerbaren-RL 2018, jedoch ist für die Umsetzung einer EU-Richtlinie in jedem Fall eine nationale gesetzliche Grundlage erforderlich, da die Verwaltung nach ständiger Rechtsprechung des VfGH nicht zur Umsetzung von Unionsrecht durch Rechtsverordnungen – unter Ausschaltung des Gesetzgebers - ermächtigt ist (siehe VfSlg 15.189, 15.354, 19.569; *Mayer/Muzak*, B-VG⁵ [2015] 141 f); eine Umsetzung durch eine Verordnung ist daher unzulässig.

Auch aufgrund der hohen wirtschaftlichen Bedeutung von Nachweisen für die Unternehmen kann eine Regelung hinsichtlich deren Gültigkeit erst auf Basis der neuen gesetzlichen Grundlage iZm dem „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes“ erfolgen.

Zudem ist der Begriff „Nachweise“ im § 7 - im Vergleich zur Erneuerbaren-RL - zu weitgehend, da es sich im konkreten Zusammenhang um den Nachweis des Anteils erneuerbarer Energie gegenüber

dem Endkunden handelt, sodass damit nur die „Herkunftsnachweise“ gemeint sein können (Denn Dokumente, die ausschließlich als Nachweis über einen bestimmten Anteil an erneuerbarer Energie gegenüber dem Endkunden dienen, werden in Art 2 Z 12 der Erneuerbaren-RL als „Herkunftsnachweis“ definiert).

Andernfalls würde es zu Verwerfungen mit den im Biomethan-Register des Bilanzgruppenkoordinators generierten Zertifikaten kommen (siehe unten Anmerkungen zu § 9). Es muss auf jeden Fall auch sichergestellt sein, dass die bereits gemäß dem bestehenden Biomethan-Register generierten Zertifikate – soweit mit der Erneuerbaren-RL vereinbar – auch im neuen System vollinhaltlich ihre Gültigkeit behalten.

Für das Produkt Gas – das im Unterschied zu Strom auch langfristig gespeichert und in großen Mengen physisch vorgehalten werden kann – ist eine Befristung nicht sinnvoll und ist jedenfalls gesetzlich im Grundsatz zu regeln.

Die Erneuerbaren-RL beschränkt demgegenüber in Art 19 Abs 3 zwar die Gültigkeit von Herkunftsnachweisen auf max. 18 Monate ab Produktion der Energieeinheit, mit der in § 9 des Verordnungsentwurfes vorgesehenen Formulierung würde diese Maximalfrist jedoch weiter verkürzt werden, wenn erneuerbares Gas in der zweiten Jahreshälfte erzeugt worden ist. Erneuerbares Gas – das hauptsächlich aus überschüssiger Wind- und Sonnenkraft im Sommer produziert wird – soll aber durch entsprechende Anreize im Gesetz möglichst lange bedarfsgerecht für die Wintermonate im Speicher vorgehalten werden (können). Dieser immanente Vorteil (großvolumige Speicherbarkeit) von Gas gegenüber Strom sollte im Gesetz entsprechend regulativ berücksichtigt und damit ein geeigneter Anreiz für die physische Vorhaltung geschaffen werden.

Daraus und mangels derzeitiger nationaler Rechtsgrundlage für die Beschränkung der Gültigkeitsdauer folgt, dass der § 7 Abs 2 zu streichen ist.

Zudem ist anzumerken, dass § 130 Abs 5 GWG wiederum unter Nachweisen nur die vom Versorger zu dokumentierenden Grundlagen zur Kennzeichnung gemäß § 130 Abs 1 (Ausweis des Versorgermixes auf Rechnungen und Werbematerial) versteht, die gemäß Abs 8 der Regulierungsbehörde auf Verlangen zur Überprüfung der Richtigkeit vorzulegen sind. Diese Regelung lässt sich wohl kaum mit einer Eintragungspflicht in der Registerdatenbank gemäß § 8 des Verordnungsentwurfes vereinbaren (dafür ist wiederum eine dem § 10 Ökostromgesetz entsprechende Rechtsgrundlage erforderlich).

Zu § 9: Übergangsfristen:

Aus dem jetzigen Verordnungsentwurf geht die geplante Wechselwirkung des bestehenden, bei der AGCS situierten Biomethan-Registers und des neuen Herkunftsnachweissystems gemäß der Gaskennzeichnungsverordnung nur sehr rudimentär hervor.

Dass für die Einrichtung der Datenbank für Herkunftsnachweise für erneuerbare Gase (Erweiterung der für den Strombereich etablierten „Registerdatenbank“ auf den Gasbereich) erst eine gesetzliche Grundlage (analog zum Ökostromgesetz) geschaffen werden muss, wurde bereits eingangs erwähnt.

Daher ist aus rechtlicher Sicht auch diesbezüglich die Erlassung des „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes“ abzuwarten. Dies gilt gleichermaßen für die vorgesehenen Meldepflichten, für die - im Unterschied zum Strombereich (siehe § 10 Abs 2 Ökostromgesetz) - im Gasbereich keine gesetzliche Deckung besteht. § 130 GWG richtet sich ausschließlich an die Versorger, Netzbetreiber können daher nicht gemäß § 9 Abs 1 und 2 des Verordnungsentwurfes verpflichtet werden, zusätzlich Daten an die automationsunterstützte Datenbank der Regulierungsbehörde zu melden.

Daher ist auch § 9 des Entwurfes zu streichen.

Zu § 9 Abs 1:

Abgesehen davon, dass für die Meldeverpflichtungen gemäß § 9 die gesetzliche Grundlage fehlt, sollten die Netzbetreiber die angeführten Daten auch aus sachlichen Gründen nicht direkt an die Regulierungsbehörde übermitteln, da es sonst zu einem doppelten Aufwand und gegebenenfalls Doppelzählung kommen würde.

Datenmeldungen durch die Netzbetreiber erfolgen bereits monatlich an den BKO einerseits zur Ermittlung von Ausgleichsenergiemengen, als auch zur Erstellung von Nachweisen für in das Erdgasnetz eingespeiste erneuerbare Gas. Eine weitere Übermittlung von Messdaten an die Regulierungsbehörde könnte zu einer Doppelzählung führen. Es ist daher sinnvoll die Meldung durch den Bilanzgruppenkoordinator als einzige Möglichkeit vorzusehen. Auch sollten nur jene Mengen an erneuerbarem Gas mittels Datenmeldung vom Bilanzgruppenkoordinator an die Regulierungsbehörde übermittelt werden, welche ausschließlich für den Zweck der Herkunftsnachweise für die Gaskennzeichnung (Versorgermix) erforderlich sind. Dadurch kann wie bisher eine einfache, effiziente und kostenschonende Differenzierung des Verwendungszwecks des erneuerbaren Gases vorgenommen werden (und nicht eine automatische Zuweisung der gemeldeten Einspeisemengen für das Generieren von Herkunftsnachweisen). Denn Produzenten von erneuerbarem Gas sollten frei deren Verwendungszweck wählen können. Eine direkte Meldung aller Einspeisemengen an die Regulierungsbehörde durch den Netzbetreiber würde den Verwendungszweck auf Herkunftsnachweise einschränken (da der Netzbetreiber zum Zeitpunkt der Datenmeldung keine Informationen über den Verwendungszweck der erneuerbaren Gasmengen hat).

Die Regulierungsbehörde müsste daher weitere Schnittstellen zu anderen Anwendungssystemen erstellen und zusätzliche organisatorische, rechtliche und finanzielle Aufwände für Produzenten und Vermarktungsunternehmen in der Gaswirtschaft schaffen.

Die gemäß dem bestehenden Biomethannachweissystem des Bilanzgruppenkoordinators generierten Zertifikate nehmen die Differenzierung bereits vor und dienen als Nachweis für vielfältige Einsatzmöglichkeiten von Biomethan: nicht nur zum Zwecke des Herkunftsnachweises iSd

Verordnungsentwurfes oder der Ökostromförderung, zB können mit dem Biomethanregister-Auszug auch Biomethanbetankungen abseits des Nachhaltigkeitsregisters (eINa) des Umweltbundesamtes nachgewiesen und gesetzliche Erstattungen und Vergütungen beantragt werden.

Zu § 9 Abs 2:

Auch eine direkte Übermittlung der entnommenen Gasmengen je Versorger vom Netzbetreiber an die Regulierungsbehörde sollte entfallen, da diese Daten ohnehin im Clearingsystem des Bilanzgruppenkoordinators vorliegen und durch den BKO effizient an die Herkunftsnachweisdatenbank übermittelt werden können.

Zusammenfassend möchten wir festhalten, dass etliche Bestimmungen der geplanten Verordnung keine gesetzliche Deckung haben und daher die Gaskennzeichnungsverordnung erst – wie von der Rechtsordnung vorgesehen – nach Schaffung der gesetzlichen Grundlage im „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ erlassen werden darf und sollte.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme, ersuchen um Berücksichtigung unserer Argumente bei den weiteren diesbezüglichen Tätigkeiten und stehen für Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



GenDir. Stv. DI Peter Weinelt
Fachverbands-Obmann



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer